

Finanztransaktionssteuer – dank des globalen Beinahe-Kollapses salonfähig

Stefan Hostettler

Immer wenn die internationalen Börsen verrücktspielen, kommt die Idee wieder auf: Mit einer Transaktionssteuer etwas Sand in das Getriebe der globalen Finanzmärkte zu streuen. Der Gedanke des britischen Ökonomen John Maynard Keynes (1936) und seines 2002 verstorbenen Schülers und Nobelpreisträgers James Tobin (1972) ist simpel, aber überzeugend: Jede Finanztransaktion wird mit einer kleinen Umsatzsteuer belastet. Dadurch werden den uferlosen Spekulationen gewisse Grenzen gesetzt und Steuererträge generiert, mit denen Gelder aus den Finanzmärkten abschöpft werden.

Bei Mainstream-ÖkonomInnen und PolitikerInnen fand diese Idee bis vor kurzem keine Gnade. Auch der Bundesrat lehnte einen Vorstoss von SP-Nationalrat Remo Gysin 1999 ab. Gysin hatte in einer einfachen Anfrage von der Regierung wissen wollen, ob sie eine Steuer auf Finanztransaktionen »aktiv und koordiniert unterstützen«¹ würde. Ausgangspunkt für den Vorstoss war gewesen, dass das kanadische House of Commons im März 1999 nach den Erfahrungen der Asienkrise mit einer klaren Mehrheit die Regierung verpflichtet hatte, sich in Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft für eine Steuer auf Finanztransaktionen einzusetzen.

Der Bundesrat erklärte in seiner Antwort auf die Anfrage, dass die Ursachen der Krisen nicht in den gigantischen Umsätzen der Finanzmärkte, sondern »in den meisten Fällen in der mangelhaften Wirtschaftspolitik der betroffenen Länder (...) und in den institutionellen Schwächen ihrer Finanzsysteme zu suchen« seien. Zudem bestünde die Gefahr, dass aufgrund der höheren Transaktionskosten die Liquidität der Finanzmärkte abnehmen und somit sich deren Volatilität – entgegen der eigentlichen Absicht – sogar noch erhöhen würde. Und selbstverständlich erwähnte der Bundesrat »die praktischen Schwierigkeiten«, die mit der Einführung einer Tobin-Steuer verbunden wären: das Ausweichen der Akteure auf Off-shore-Finanzplätze und komplexe Instrumente, die eine Anwendung der Steuer verhindern würden.

Es wurde sogar davor gewarnt, dass »die Verteilung der – allerdings hypothetischen – Einnahmen aus der Steuer politische Probleme mit sich brächte«, weil sich die Staaten nicht auf einen Verwendungszweck einigen könnten. Na ja – wie wäre es zum Beispiel mit dem Klimaschutz?

Schweiz zweifelt am politischen Willen der anderen

Auch zehn Jahre und eine globale Krise mit geschätzten gesamtwirtschaftlichen Einbussen von 200 Billionen Dollar² später, zeigt sich der Bundesrat in seiner Stellungnahme auf eine ähnlich formulierte Motion von SP-Nationalrätin Margret Kiener Nellen³ »skeptisch«: »Die Einführung einer transnationalen Finanztransaktionssteuer würde ein griffiges globales regulatorisches Rahmenwerk bedingen. Die Voraussetzungen hierfür und der dafür erforderliche globale Konsens sind derzeit nicht gegeben.«

Aus diesen Gründen sei die Schweiz auch »nicht bereit, sich für die Einrichtung einer transnationalen Finanztransaktionssteuer einzusetzen«. Im neu geschaffenen Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF) ist man weiterhin überzeugt, dass »die Einführung von Transaktionssteuern zu einer Reduktion der Marktliquidität (führt)« und so »eine effiziente Allokation des Kapitals behindert«⁴ wird.

Die internationale Einigkeit mag derzeit wirklich noch fehlen, aber im Bundeshaus verkennt man offensichtlich den internationalen Stimmungsumschwung der letzten Jahre. Der während Jahrzehnten dominierende Glaube, wonach alles grundsätzlich schädlich ist, was in das freie Spiel der Marktkräfte eingreift, hat sich durch die letzte Krise zerschlagen.

Zwar wittern nur drei Jahre nach dem Lehman-Debakel die eingefleischten Jünger des absoluten Marktglaubens wieder Morgenluft. Aber zumindest scheint die dominierende Naivität der Post-Reagan-Thatcher-Jahre verschwunden.

Das gilt insbesondere für Europa, wo die Zockerei der Finanzmarktakteure gegen Griechenland, Irland und Portugal die Wut gegen die Spekulanten in den Teppichetagen der Frankfurter und Londoner Glastürme nur noch gesteigert hat. Gemäss einer repräsentativen Eurobarometer-Umfrage⁵ würden 61 Prozent der BürgerInnen der EU eine Transaktionssteuer befürworten, wobei in Österreich (75%), Deutschland (74%) und Portugal (74%) der höchste Zuspruch verzeichnet wird.

Während eine Tobin-Steuer in der Vergangenheit nach den Finanzkrisen in Mexiko (1994), Asien (1999) und der Internetblase (2002) zumeist nur als stabilitätsförderndes Instrument zur Reduktion der Spekulation (insbesondere des Speed-Tradings) oder eben als Sand im Getriebe diskutiert wurde, steht seit den gigantischen Bankenrettungskosten der Jahre 2007 bis 2011 vermehrt der steuerliche Aspekt eines fairen »Burden-sharing zwischen Wall Street und Main-Street«⁶ im Zentrum. Es gehe nicht nur um eine Diszi-

plinierung der Finanzmärkte, eine solche Steuer komme auch dem Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung entgegen, erklärte so auch der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble⁷. Der österreichische Bundeskanzler Werner Faymann bezeichnet das Vorhaben deshalb auch als »moralisch und steuerlich richtig«⁸.

Derzeit lobbyieren insbesondere Frankreich, Deutschland und Österreich innerhalb der EU für eine internationale (bzw. im ersten Schritt europäische) Transaktionssteuer. Zwar kommt das Thema innerhalb der globalen Gremien (IWF und G-20) derzeit nicht vom Fleck. Doch das Europäische Parlament hat im Frühjahr 2011 bereits einen zweiten Bericht über die »innovative Finanzierung auf globaler und europäischer Ebene« verabschiedet⁹, und ebenso unterstützen die Regierungen der Euro-Staaten am 11. März 2011 das Vorhaben im Grundsatz. Zögerlich und wenig initiativ zeigt sich allerdings noch die EU-Kommission, die eine entsprechende Vorlage ausarbeiten müsste. Deshalb haben die europäischen Sozialdemokraten (PES) eine öffentliche Kampagne¹⁰ gegen den amtierenden EU-Steuerkommissar Algirdas Semeta lanciert, weil dieser sich wiederholt gegen das Vorhaben gestellt hat (»Die Kommission muss dafür Sorge tragen, dass wir keinen Unsinn beschliessen«¹¹) und derzeit selbst einen klaren Beschluss der Euro-Länder mit immer neuen Studien zur Folgenabschätzung (impact assessment) zu blockieren versucht¹². Bereits Semetas Vorgänger Laszlo Kovacs hatte frühere Bemühungen linker EU-ParlamentarierInnen zu bremsen versucht. Aufgrund einer Anfrage der Abgeordneten Ulrike Lunacek antwortete Kovacs im Sommer 2009 wie folgt:

»Einer Einführung einer solchen Steuer steht die Kommission jedoch aus ökonomischen und auch rechtlichen Überlegungen kritisch gegenüber. Diese Haltung beruht in erster Linie auf ökonomischen Argumenten und zudem auf Unwägbarkeiten hinsichtlich der rechtlichen Umsetzbarkeit.«¹³

Das Global Progressive Forum¹⁴ hat sich von dieser Haltung der Kommission nicht abhalten lassen, im Frühling 2010 eine europaweite Kampagne für eine solche europäische Steuer zu starten¹⁵. Die Verantwortlichen der Initiative beziehen sich dabei explizit auf die existierenden Stempelabgaben für bestimmte Transaktionen in Grossbritannien und der Schweiz. Damit soll klar gemacht werden, dass Finanzplätze sehr wohl weiterexistieren mit einer solchen Steuer, auch wenn die Bankenwelt gerne das Gegenteil behauptet.

Angedacht wird dabei eine Kapitaltransaktionssteuer von 0,05 Prozent, die in der EU Einnahmen von 200 bis 250 Milliarden Dollar jährlich generieren würde. Eine beträchtliche Summe, die aber wiederum klein wirkt, wenn man sie mit 1 bis 2 Billionen Dollar

vergleicht, die weltweit zur Rettung von Finanzinstituten aufgebracht worden sind und nun als zusätzliche Staatsschulden anfallen¹⁶. Weltweit dürfte eine solche Steuer auf alle Finanztransaktionen 1 bis 2,4 Prozent des globale Bruttoinlandprodukts¹⁷ oder jährlich rund 650 Milliarden Dollar¹⁸ an Einnahmen sicherstellen. Die Schätzungen schwanken, weil nicht klar ist, wie stark durch die Steuer das Volumen der Finanztransaktionen reduziert würde.

Beeindruckender Stimmungswandel

Wie seit 2008 ein zuvor linkes Thema plötzlich bis weit ins bürgerliche Lager hinein salonfähig geworden ist, zeigt sich exemplarisch bei den deutschen Christdemokraten. Während Kanzlerin Angela Merkel lange alle möglichen und unmöglichen Einwände vorbrachte, wechselte sie 2010 überraschend – und höchst wahrscheinlich vorab aus wahltaktischen Gründen – ins Lager der Befürworter. Mittlerweile lässt ihr Finanzminister Schäuble bereits präventiv allerlei Modelle mit unterschiedlichen Sätzen rechnen und die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag überlegt sich eine Probeführung der Finanztransaktionssteuer in den drei EU-Staaten Deutschland, Frankreich und Österreich¹⁹.

Während Tobin in seinen Anfang der Siebzigerjahre gemachten Vorschlägen eine Steuer allein auf Devisentransaktionen ins Auge gefasst hatte, wird nun seitens der EU eine Steuer auf möglichst allen Transaktionen inklusive Derivate geplant. Bereits vor der letzten Krise bemühten sich verschiedene Ökonomen darum, die Ursprungsidee zu modifizieren und somit wirksamer zu gestalten. Der deutsche Finanzexperte Paul Spahn entwarf ein zweistufiges Konzept, um die Spekulation auch effektiv einzuschränken: Bei starken Kursschwankungen an den Finanzmärkten würde zur minimalen Grundsteuer eine zusätzliche Strafsteuer hinzukommen. Spahn schlägt zudem vor, anfänglich überhaupt mit einem Steuersatz von Null eine solche Steuer zu testen, da bisher nur minimale statistische Daten der Marktvolumina bestehen.

Für die deutsche Regierung erstellte der Frankfurter Ökonom bereits 2002 ein brisantes Gutachten²⁰: Es ist laut Spahn möglich, eine solche Steuer in Europa einzuführen, ohne auf die übrige Welt und insbesondere auf die USA warten zu müssen. Entscheidend wäre aber ein Mitgehen der Schweiz: »Zürich müsste mitmachen«²¹. Solange Devisenhändler innerhalb der gleichen Zeitzone auf unregulierte Märkte ausweichen könnten, bestünde das Risiko der Umgehung. Dass die Akteure aber ein Geschäft um Stunden verzögern und dann in den USA oder Asien tätigen, bezweifelt Spahn.

Das Auseinanderklaffen von Real- und Finanzwirtschaft, das sich insbesondere in der Entwicklung des Devisenhandels zeigt, hat sich in den letzten Jahren immer weiter verschärft. Derzeit liegt das Verhältnis zwischen dem Volumen des weltweit in Fremdwährungen abgewickelten effektiven Handels (Waren und Dienstleistungen) zum globalen Devisenhandel bei 1 zu 100²², nachdem es 2007 noch rund 1 zu 70 und 1990 1 zu 15,3 betragen hatte²³. Eine entscheidende Rolle spielte dabei der immer verbreitetere Einsatz von Derivaten: Zwischen 1986 und 2006 expandierte der Welthandel um insgesamt 471,2 Prozent, während im gleich Zeitraum die Spottransaktionen am Devisenmarkt um 803,0 Prozent und der Devisenderivatehandel gar um 2551 Prozent wuchsen²⁴.

Diesen Trend zu brechen ist die zentrale Aufgabe einer Transaktionssteuer. Der am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (Wifo) tätige Ökonom Stephan Schulmeister, der 2008 eine wegweisende Studie²⁵ zum Thema vorlegte, plädiert für ein schrittweises Vorgehen. Zuerst seien Spot- und Derivatstransaktionen auf Börsen in der EU zu erfassen. Entscheidend sei dabei Deutschland und Grossbritannien, weil annähernd 99 Prozent aller Börsentransaktionen in der EU auf diese beiden Länder (Frankfurt und London) entfallen²⁶.

Erst anschliessend sollen dann ausserbörsliche Transaktionen (OTC) sowie Devisen einbezogen sowie eine Ausweitung auf ausereuropäische Finanzplätze aufgegleist werden. Da Aktientransaktionen in Grossbritannien heute bereits mit einer Abgabe (stamp duty) von 0,5 Prozent belastet werden, erachtet Schulmeister eine »Bagatell-Steuer« von 0,01 oder auch 0,05 Prozent für absolut unproblematisch für die Attraktivität der europäischen Finanzplätze. Das gilt genauso für die Schweiz, wo auf inländische und ausländische Wertpapiere eine Stempelsteuer von 0,15 bzw. 0,3 Prozent erhoben wird.

Bürgerlicher Widerstand in der Schweiz

Lässt sich die Schweiz von dieser europäischen Debatte zumindest ein bisschen inspirieren? Mitnichten! Es bestätigt erneut den Sonderfall Eidgenossenschaft, dass hierzulande der fiskalpolitische Diskurs auch nach der globalen Finanzkrise und angesichts der geradezu luxuriösen Schuldensituation immer noch von einer neoliberalen Staatsabbauologik geprägt ist. Und da kann es nicht erstaunen, dass die Stempelsteuer im Visier der rechten Steuerexperten bleibt. Diese Minivariante einer Tobin-Steuer war diesen Kreisen immer ein Dorn im Auge. Immer wieder sind daher in den letzten Jahren im

Parlament entsprechende Abbau-Vorstösse lanciert worden²⁷. Bei der Begründung dieser Vorstösse stand und steht das nur zu bekannte bürgerliche Klagen über die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit im Zentrum. So behauptet SVP-Nationalrat Hans Kaufmann wider besseren Wissens:

»Ökonomisch gilt der Stempel als längst veraltet. Auf den mit der Schweiz konkurrierenden Finanz- und Wirtschaftsplätzen gibt es keine Stempelsteuern mehr [sic]. Deshalb führen Transaktionssteuern immer häufiger dazu, dass Finanzgeschäfte aus der Schweiz an Standorte verlegt werden, wo keine entsprechenden Fiskalbelastungen erhoben werden. Da der Schweizer Finanzsektor spätestens ab 2012 ohnehin mit deutlich höherem Regulierungsaufwand, höheren Eigenmittel- und Liquiditätsvorschriften belastet wird, verschlechtert sich die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Schweiz weiter. Um die Abwanderung von Geschäften zu verhindern, sollen deshalb die Stempelabgaben schrittweise ab 2012 reduziert und schlussendlich vollständig aufgehoben werden.«²⁸

Noch stossender ist, wie der Bundesrat in seinen jeweiligen Antworten die Kritik begrüsst und »die Ansicht (teilt), dass es sich bei den Stempelabgaben mehrheitlich um relativ stark verzerrende und standortschädliche Steuern handelt«²⁹. Deshalb befürwortet der Bundesrat auch eine »mittelfristige Abschaffung der meisten Stempelabgaben«³⁰. Für das Zuwarten werden drei Gründe genannt:

1. Die nicht geklärte Gegenfinanzierung, d.h. die Kompensation der Einnahmenseinbußen durch andere Einnahmequellen
2. Die fehlende Rücksichtnahme auf die »unterschiedliche Schädlichkeit der verschiedenen Stempelabgaben«
3. Die am 10. Dezember 2008 angekündigte (aber seither sistierte) Streichung der Stempelabgabe auf Eigenkapital im Rahmen der Unternehmenssteuerreform III.

Gemäss neusten Zahlen bringt die seit 1918 existierende Stempelabgabe jährlich einen Steuerertrag von 2,9 Milliarden Franken (2010) oder rund 4,5 Prozent der Gesamteinnahmen des Bundes ein³¹. Zu unterscheiden sind dabei die drei Arten der Stempelabgabe:

1. Die Emissionsabgabe auf der Ausgabe von inländischer Beteiligungspapiere und Obligationen³²
2. Die Umsatzabgabe auf in- und ausländischen Wertpapieren (0,15% auf inländische und 0,3% auf ausländische Papiere)
3. Die Abgabe auf den Prämien bestimmter Versicherungen.

Es ist vor allem die Umsatzabgabe, die der Idee der Transaktionssteuer entspricht, wobei jedoch eine Vielzahl von Ausnahmen den

Geltungsbereich bereits heute extrem einschränkt. So ist beispielsweise der Handel mit ausländischen Banken und auch bestimmten ausländischen AnlegerInnen ausgenommen. Nichtsdestotrotz liefert die Umsatzabgabe mit 1,4 Milliarden Franken von den drei eidgenössischen Stempelabgaben den grössten Anteil.

Schützenhilfe in ihren Bemühungen, die Stempelabgaben vollständig und teilweise abzuschaffen, erhielten die bürgerlichen Kritiker von der BAK Basel, die 2009 im Auftrag der Bankiervereinigung und des Versicherungsverbandes eine Studie zu den volkswirtschaftlichen Auswirkungen einer Abschaffung der Stempelabgabe³³ veröffentlichte. Die Autoren wagten die Behauptung, dass mit einer Streichung – nach einer anfänglichen Durststrecke mit fast 3 Milliarden Franken weniger Einnahmen – das BIP langfristig um 1,2 Prozent oder 6,75 Milliarden Franken gesteigert werden könnte. Die Modellsimulationen hätten ergeben, dass 22'700 neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten, so die BAK-Autoren.

Diese Kalkulationen sind so dreist, dass selbst das Eidg. Finanzdepartement (EFD) in einem Kommentar festhielt, dass »die günstigen volkswirtschaftlichen Auswirkungen nicht ohne Weiteres nachvollziehbar« seien und »wesentliche Effekte einer Abschaffung der Stempelabgaben von der Studie gar nicht quantifiziert werden«³⁴. Auch in dieser EFD-Beurteilung der Abschaffung der Stempelabgaben kommt klar zum Ausdruck, dass einzig und allein die Problematik der Gegenfinanzierung und die Zwänge der Schuldenbremse den Bundesrat zögern lassen. Mit keinem Wort wird auf die internationale oder insbesondere europäische Debatte zur Transaktionssteuer eingegangen. Vor allem wird ausgeblendet, dass mit einer tieferen Besteuerung (beispielsweise 0,05 statt 0,15 Prozent), aber einer ausnahmslosen Ausweitung auf alle Finanztransaktionen deutlich höhere Einnahmen generiert werden könnten.

Genügend mögliche Verwendungszwecke

In Europa führt hingegen gerade die wachsende Schuldenkrise in verschiedenen Mitgliedstaaten zu einem ganz anderen Diskurs: Mit der wachsenden Zustimmung zu einer europäischen oder gar globalen Transaktionssteuer wird nämlich vermehrt auch die Frage der anschliessenden Mittelverwendung debattiert. Die EU-Kommission weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass das Transaktionssteueraufkommen in den einzelnen Staaten sehr ungleich anfallen würde und deshalb ein fairer Verteilungsmechanismus gefunden werden müsse³⁵. Gemäss EU-Parlament sollen die Steuereinnahmen »eine gerechte Verteilung der Lasten insbesondere zwischen den

wesentlichen Akteuren im Finanzbereich sicherstellen« sowie »neue zusätzliche Ressourcen schaffen, um die wesentlichen globalen und europäischen Herausforderungen wie Klimawandel anzugehen und die Entwicklungsziele sowie ein langfristig stärkeres Wachstum im Rahmen der Strategie EU 2020 zu erreichen«³⁶.

James Tobin wurde kurz vor seinem Tod 2002 nach den Erfolgchancen einer Finanztransaktionssteuer befragt. Er antwortete: »Keine Chance, fürchte ich. Die entscheidenden Leute in der internationalen Finanzszene sind dagegen«³⁷. Leider ist ihm nicht vergönnt gewesen, den derzeitigen Stimmungswandel bei vielen PolitikerInnen und Mainstream-ÖkonomInnen noch mitzuerleben.

Anmerkungen:

1 Remo Gysin: Steuern auf internationale Finanztransaktionen. Internationale Zusammenarbeit. Einfache Anfrage Nationalrat 22. April 1999

2 Andrew G. Haldane: The \$100 Billion Question. Paper Bank of England. März 2010. S. 4

3 Margret Kiener Nellen: Besteuerung der globalen Finanztransaktionen. Motion Nationalrat 25. September 2009

4 Alex Karrer: Sind Finanzsektorsteuern stabilitätsfördernd? Die Volkswirtschaft. 1. Dezember 2010

5 EU-Kommission/TNS Opinion & Social: Eurobarometer 7 – Europeans, the European Union and the crisis. Brüssel. 18. Februar 2011

6 Foundation for European Progressive Studies: IMF consultation on Financial Sector Taxation. Januar 2010. S. 2

7 Stephan Israel: ›In der EU regt sich Widerstand gegen die Börsensteuer‹. Tages-Anzeiger. 8. September 2010. S. 43

8 DPA: German, Austrian chancellor renew call for EU financial tax. 2. März 2011

9 Anni Podimata: Bericht A7-0036/2011. 10. Februar 2011

10 <http://www.pes.org/en/news/financial-transaction-tax-call-grows-and-grows-n-early-400000-e-mails-sent-eu-commission?>

11 ›Wettbewerbsfähigkeit der Finanzplätze darf nicht leiden‹. Interview mit Algirdas Semeta. Frankfurter Allgemeine Zeitung. 12. Juli 2010. S. 13

12 PES: For a fair contribution from financial markets. Erklärung der PES-Präsidenschaft. 14. April 2011

13 Ulrike Lunacek: Parlamentarische Anfrage P-3770/2009. 14. Juli 2009

- 14 Das GPF ist eine Initiative, die von den Europäischen SozialdemokratInnen und SozialistInnen (PES), deren Fraktion im Europaparlament sowie der Sozialistische Internationale (SI) getragen wird und das Ziel einer Globalisierung verfolgt, die allen Menschen Nutzen bringt. Die Gründungsidee wurde am Weltsozialforum im Porto Allegre 2001 entwickelt.
- 15 www.europeansforfinancialreform.org
- 16 Sony Kapoor: Financial Transaction Taxes – Necessary, Feasible and Desirable. FEPS Conference Paper. März 2010. S. 4
- 17 Stephan Schulmeister et al.: A General Financial Transaction Tax. Study Wifo. März 2008
- 18 TUAC: The Parameters of a Financial Transaction Tax and the OECD Global Public Good Resource Gap, 2010-2010. Paris. 15. Februar 2010. S.12
- 19 ›Deutschland: CDU befürwortet Börsensteuer‹. Agenturmeldung Reuters. NZZ. 5. Februar 2011. S. 39
- 20 Paul Bernd Spahn: Zur Durchführbarkeit einer Devisentransaktionssteuer. Bericht an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Bonn. 2002.
- 21 ›Rein technisch ist das machbar‹: Interview mit Paul Bernd Spahn. Tages-Anzeiger. 15. Mai 2005. S. 31
- 22 ›Der Schweizer Finanzplatz wäre der solideste der Welt, wenn die UBS und die CS nicht existieren würden‹: Interview mit Didier Sornett. Das Magazin. 23. April 2011. S. 38
- 23 Foundation for European Progressive Studies: IMF consultation on Financial Sector Taxation. Januar 2010. S. 2
- 24 Stephan Schulmeister: Destabilisierende Finanzspekulation und ihre Eindämmung durch eine Transaktionssteuer. Beitrag in: Eine Politik der Nachhaltigkeit. Neuordnung der Kapital- und Gütermärkte. 2009
- 25 Stephan Schulmeister et al.: A General Financial Transaction Tax. Study Wifo. März 2008
- 26 Stephan Schulmeister: Destabilisierende Finanzspekulation und ihre Eindämmung durch eine Transaktionssteuer. S. 16
- 27 Pirmin Bischoff: Abschaffung der Stempelabgaben. Postulat Nationalrat. 11. Dezember 2009. Hans Kaufmann: Mehrbelastung des Finanzplatzes durch Abschaffung der Stempelabgaben kompensieren. Motion Nationalrat. 11. Dezember 2009.
- 28 Hans Kaufmann: Mehrbelastung des Finanzplatzes durch Abschaffung der Stempelabgaben kompensieren. Motion Nationalrat. 11. Dezember 2009.
- 29 Antwort Bundesrat auf Motion Kaufmann 09.427. 17. Februar 2010.
- 30 dito
- 31 Schweizerische Eidgenossenschaft: Staatsrechnung. Bericht zur Bundesrechnung 2010.
- 32 Diese Abgabe soll gemäss der neusten bundesrätlichen Revision des Bankengesetzes (›too big to fail‹) gestrichen werden, was zu jährlichen Mindereinnahmen von 220 Millionen Franken führen dürfte.
- 33 BAK Basel: Volkswirtschaftliche Auswirkungen einer Abschaffung der Stempelabgaben. Eine makroökonomische Simulationsanalyse. September 2009
- 34 Eidg. Finanzdepartement: Volkswirtschaftliche Auswirkungen einer Abschaffung der Stempelabgaben. Eine allgemeine Beurteilung der BAK-Studie vom September 2009. Oktober 2009
- 35 EU Commission: Financial Sector Taxation. Non-Paper. 19. August 2010. S. 16
- 36 Anni Podimata: Bericht A7-0036/2011. 10. Februar 2010. S. 20
- 37 ›Die missbrauchen meinen Namen‹: Interview mit James Tobin. Der Spiegel. 3. September 2001. S. 122